

# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis .....	XXI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXVII
<b>Einleitung</b> .....	1
1. Entwicklung der Parteiautonomie im geschichtlichen Rückblick .....	1
2. Diskussion in Deutschland um die Einführung der Parteiautonomie im außerschuld- vertraglichen Recht .....	3
3. Gesetzliche Einführung der namens-, ehe- und erbrechtlichen Parteiautonomie .....	4
4. Aufgabenstellung dieser Arbeit .....	4
<b>1. Teil: Begriffsklärung und Gesetzgebungsgeschichte</b> .....	7
<i>1. Kapitel: Begriff der Parteiautonomie</i> .....	7
I. Wesen .....	7
II. Abgrenzung .....	8
1. Sachrechtliche Verweisung .....	8
2. Mittelbare Rechtswahl .....	8
a) Allgemeine Abgrenzung .....	8
b) Sonderfall der „Ausstrahlung“ von Art. 14 Abs. 2 und Abs. 3 .....	9
3. Alternative Anknüpfung .....	11
4. Fakultative Anknüpfung .....	12
<i>2. Kapitel: Die Funktion der namens-, ehe- und erbrechtlichen Rechtswahl im Lichte ihrer Entstehungsgeschichte</i> .....	13
Vorbemerkung: Dogmatisches Vorverständnis des Gesetzgebers .....	13
A. Namensrechtliche Parteiautonomie .....	13
I. Überblick über die namensrechtliche Anknüpfung im alten und neuen IPR .....	13
1. Frühere Rechtslage .....	13
2. Reformdiskussion .....	15
a) Reformvorschläge der Wissenschaft .....	15
b) Regierungsentwurf .....	16
c) Gegenvorschläge .....	17
3. Heutige Rechtslage .....	18
II. Rechtswahlnormcharakter der namensrechtlichen Rechtswahl .....	19
1. Problemstellung .....	19
2. Art. 10 Abs. 2 .....	19
3. Art. 10 Abs. 3 .....	21
4. Art. 10 Abs. 4 .....	22
5. Art. 10 Abs. 5 .....	23
6. Art. 10 Abs. 6 .....	23
7. Art. 220 Abs. 4 .....	26
8. Art. 220 Abs. 5 .....	26
9. Zwischenergebnis .....	27
III. Funktion der Parteiautonomie .....	27
1. Wahl des Ehenamensstatutes .....	27
a) Inlandsheirat .....	27
aa) Kollisionsrechtliche Anpassung .....	27
bb) Parteiautonome Lösung des Mehrstaaterkonfliktes .....	28

cc) Namensrechtliche Umwelthanpassung	29
dd) Inlandsbezogenheit	30
b) Auslandsheirat	30
aa) Eingeschränkte Nachholungsmöglichkeiten	30
bb) Einseitige Fassung des Art. 10 Abs. 3	30
cc) Konkretes Bedürfnis nach Umwelthanpassung	32
dd) Ehwirkungsrechtlicher Statutenwechsel	32
2. Wahl des Kindesnamensstatutes	32
a) Subjektsbezogene Rechtswahl	32
b) Benachteiligung deutscher Kinder	33
c) Inlandsbezogenheit	33
B. Wahl des persönlichen Ehestatutes	34
Vorbemerkung	34
I. Überblick über die Anknüpfung der allgemeinen Ehwirkungen im alten und neuen IPR	34
1. Frühere Rechtslage	34
2. Reformdiskussion	35
a) Vorschläge der Wissenschaft	35
b) Regierungsentwurf	36
c) Gegenvorschlag des Max-Planck-Institutes	37
3. Jetzige Rechtslage	38
III. Funktion der Wahl des Ehwirkungsstatutes	38
1. Art. 14 Abs. 2	38
a) Auflockerung von Art. 5 Abs. 1	38
b) Generelle Vorzüge der parteiautonomen Lösung des Mehrstaaterkonfliktes	38
c) Ehebezogene Definition des Personalstatutes	39
2. Art. 14 Abs. 3	40
a) Gemeinsamkeiten von Art. 14 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 und Nr. 2	40
b) S. 1 Nr. 1	40
c) S. 1 Nr. 2	41
C. Wahl des Ehegüterstatutes	42
I. Überblick über die Anknüpfung der güterrechtlichen Ehwirkungen im alten und neuen IPR	42
1. Frühere Rechtslage	42
2. Reformdiskussion	43
a) Vorschläge der Wissenschaft	43
b) Regierungsentwurf	45
c) Gegenvorschlag des Max-Planck-Institutes	45
3. Heutige Rechtslage	46
II. Rechtswahlnormcharakter des Art. 220 Abs. 3 S. 1 Nr. 2	46
III. Funktion der güterrechtlichen Parteiautonomie	47
1. Art. 15 Abs. 2 Nr. 1 und 2	47
a) Kontinuität zu Art. 15 Abs. 2 HS. 2 a. F. und § 1409 Abs. 2 BGB a. F.	47
b) Anpassung an veränderte Anknüpfungsverhältnisse	47
c) Emanzipation des Aufenthaltsprinzips	48
d) Internationaler Entscheidungseinklang	48
2. Art. 15 Abs. 2 Nr. 3	48
a) Konkurrenz zu Art. 3 Abs. 3	48
b) Anknüpfungsgleichlauf von Sach- und Güterstatut	49
c) Besonderheiten des Grundstücksverkehrs	50
d) Prozessuale Interessen	50
e) Gefahren der parteiautonomen Teilverweisung	51

D. Erbrechtliche Parteiautonomie	51
I. Überblick über die erbrechtliche Anknüpfung im alten und neuen IPR	51
1. Frühere Rechtslage	51
2. Reformdiskussion	52
a) Vorschläge der Wissenschaft	52
b) Regierungsentwurf	53
c) Gegenvorschläge des Max-Planck-Institutes	53
3. Heutige Rechtslage	54
II. Funktion der erbrechtlichen Parteiautonomie	54
1. Schutz der Pflichtteilsberechtigten	54
2. Konkurrenz zu Art. 3 Abs. 3	54
3. Anknüpfungsgleichlauf zwischen Einzelstatut, Gesamtstatut und Nachlaßverfahren	55
4. Besonderheit des Grundstücksverkehrs	55
5. Gefahr hinkender Erbrechtsverhältnisse	56
 2. Teil: Gegenstand der parteiautonomen Anknüpfung	57
1. Kapitel: Reichweite der parteiautonomen Anknüpfung	57
A. Problemeinführung	57
I. Begriffsklärung	57
II. Verbot der subjektsbezogenen Teilverweisung	58
III. Verbot der Statutenspaltung	58
1. Allgemeine Überlegungen	58
2. Sonderfall des persönlichen Ehestatutes	59
a) Fragestellung	59
b) Abspaltung des Güterstatutes	59
c) Abspaltung des Scheidungsstatutes	60
B. Auswirkungen allgemeiner Rechtsinstitute des IPR	60
I. Generelle Überlegungen	60
1. Verbot der parteiautonomen Handhabung	60
2. Gleichbehandlung von objektiver und parteiautonomer Anknüpfung	61
3. Entscheidung durch die autorisierende Rechtsordnung	61
II. Qualifikation	61
III. Angleichung	62
IV. Vorfrage	63
V. Ordre public	65
VI. Sonderanknüpfung von Eingriffsnormen	66
C. Reichweite der namensrechtlichen Rechtswahl	67
I. Wahl des Ehenamensstatutes	67
1. Ehebezogene Dauerwirkung	67
2. Namensfolgen der Eheauflösung	68
a) Sachrechtliche Systematik	68
b) Einheitliches Familiennamensstatut	68
c) Kein Bedürfnis nach dualistischer Anknüpfung	69
d) Sachzusammenhang mit der Ehenamensbildung	69
3. Parteiautonomie Auflösung des Qualifikationskonfliktes?	69
4. Wiederverheiratung	70
5. Sonstige Eingrenzungen der Wahlbefugnis	70
a) Erfordernis der Inlandsheirat	70
aa) Historische Interpretation	71
bb) Interessengleichheit bei Inlands- und Auslandsheirat?	71

cc) Fiktion des Parteiwillens .....	72
dd) Begünstigung privatautonomer Namensbildung .....	72
ee) Praktikabilität .....	73
ff) Ergebnis .....	73
b) Erfordernis des Statutenwechsels .....	73
II. Wahl des Namensstatutes ehelicher Kinder .....	74
1. Dauerwirkung .....	74
a) Gesetzgebungsgeschichte .....	74
b) Einheitliches Familiennamensstatut .....	75
c) Parallele zu Art. 10 Abs. 6 .....	75
2. Familienbezogenheit .....	76
3. Rechtswahl anlässlich Legitimation oder Adoption? .....	76
2. Kapitel: Zeitliche Wirkung der parteiautonomeren Anknüpfung .....	77
A. Begriffsklärung .....	77
B. Namensrecht .....	78
1. Registerrechtliche Determinierung .....	78
2. Bedingungen, Befristungen und Abänderbarkeit .....	80
3. Rückwirkung .....	80
4. Sonderproblem: Bemessung der Jahresfrist .....	81
C. Persönliches Ehestatut .....	82
1. Jederzeitige Wählbarkeit .....	82
2. Rückwirkung .....	82
3. Parteiautonome Beendigung der Rechtswahlwirkungen .....	83
D. Ehegüterrecht .....	84
I. Jederzeitige Wählbarkeit .....	84
II. Regelmäßige ex-nunc-Wirkung .....	84
III. Begriff der güterrechtlichen Rückwirkung .....	85
1. Terminologische Unklarheit .....	85
2. Güterstandsüberleitung .....	87
a) Aufgabenverteilung zwischen Alt- und Neustatut .....	87
b) Überschneidungen .....	87
c) Privatautonome Überleitungsregeln .....	90
3. Rückwirkung .....	90
IV. Zulässigkeit der rückwirkenden Güterrechtswahl .....	92
E. Erbrecht .....	93
1. Jederzeitige Wählbarkeit .....	93
2. Wirkungsbeginn und -ende der Erbrechtswahl .....	93
3. Rückwirkung .....	94
4. Sonderproblem der Bindung an die Erbrechtswahl .....	94
3. Kapitel: Objektsbezogene Teilrechtswahl .....	96
A. Dualistische Anknüpfungsstruktur im Ehegüter- und Erbrecht .....	96
I. Personale und reale Anknüpfbarkeit .....	96
II. Interessen für personale Anknüpfung .....	96
1. Parteiinteresse .....	96
2. Kollisionsrechtliches Spiegelbild sachrechtlicher Vermögenseinheit .....	96
a) Nachlaßseinheit .....	97
b) Güterstandseinheit .....	97
III. Interessen für reale Anknüpfung .....	97
1. Anknüpfungsgleichlauf von personalem Gesamt- und dinglichem Einzelstatut .....	97
2. Rechtshistorische Grundlagen .....	98

IV. Konkurrenz eigen- und fremdbestimmter Vermögensspaltung . . . . .	98
B. Fremdbestimmte kollisionsrechtliche Vermögensspaltung . . . . .	99
I. Renvoi . . . . .	99
1. Wesen des renvoi . . . . .	99
a) Grundsatz . . . . .	99
b) Qualifikationsbefugnis des fremden Rechtes . . . . .	99
c) Vermögensspaltung . . . . .	100
2. Konkurrenz eigen- und fremdbestimmter Vermögensspaltung . . . . .	100
a) Ersetzung fremdbestimmter Vermögensspaltung . . . . .	100
b) Erweiterung eigenbestimmter Vermögensspaltung . . . . .	101
II. Vorrang des Einzel- vor dem Gesamtstatut . . . . .	102
1. Wesen des Vorrangprinzips . . . . .	102
a) Grundsatz . . . . .	102
b) Von protektionistischen Eigeninteressen geprägte sachrechtliche Vermö- gensspaltung . . . . .	103
c) Rein kollisionsrechtliche Vermögensspaltung . . . . .	104
d) Rechtfertigung des Vorrangprinzips . . . . .	104
e) Fremdbestimmte Vermögensspaltung . . . . .	106
2. Konkurrenz eigen- und fremdbestimmter Vermögensspaltung . . . . .	106
a) Inländisches Immobilienvermögen . . . . .	106
b) Ausländisches Immobilienvermögen . . . . .	106
C. Parteiautonome Realanknüpfung nach deutschem Recht . . . . .	107
I. Begriff des unbeweglichen Vermögens . . . . .	107
1. Qualifikationsstatut . . . . .	107
2. Inländischer Begriff des unbeweglichen Vermögens . . . . .	109
a) Gesetzgebungsgeschichte . . . . .	109
b) Sonstiger Sprachgebrauch im deutschen IPR . . . . .	109
c) Begriffsbildung im alten IPR . . . . .	110
aa) Qualifikationsverweisung . . . . .	110
bb) Rechtslücke im alten IPR . . . . .	110
cc) Grundsätze zur Lückenfüllung . . . . .	111
dd) Einzelheiten der Judikatur . . . . .	112
d) Auslegungsgrundsätze nach neuem IPR . . . . .	113
aa) Relevanz der bisherigen Begriffsbildung . . . . .	113
bb) Zwei Stufen der Begriffsbildung . . . . .	114
e) Konkretisierung der Begriffsbildung . . . . .	114
aa) Grundstücke und ihre Bestandteile . . . . .	114
bb) Zubehör, abgetrennte Bestandteile und Früchte, Surrogate . . . . .	115
cc) Rechte an Grundstücken . . . . .	117
dd) Forderungen auf Übertragung von Grundstücksrechten . . . . .	121
ee) Gesamthands- und Gesellschaftsanteile . . . . .	125
ff) Rechte an Schiffen und Schiffsbauwerken . . . . .	131
II. Parteiautonome Differenzierungsmöglichkeiten innerhalb des Immobilienvermö- gens . . . . .	131
1. Fragestellung . . . . .	131
a) Territoriale Natur der Realanknüpfung . . . . .	131
b) Ländermäßige Differenzierung . . . . .	132
c) Einzelgegenstandsbezogene Rechtswahl? . . . . .	132
2. Gesetzeswortlaut . . . . .	133
a) Weglassung des bestimmten Artikels . . . . .	133
b) Gesetzgebungsgeschichte . . . . .	133
c) Schwäche der Wortlautargumentation . . . . .	134

3. Kollisionsrechtliche Interessen	135
a) Vermögenseinheit	135
b) Vorhersehbarkeit	136
c) Praktikabilität	137
d) Verkehrsinteresse	137
e) Ergebnis	137
4. Minimalumfang der einzelgegenständlichen Teilverweisung	137
D. Sachrechtliche Bewältigung der kollisionsrechtlichen Vermögensspaltung	138
I. Gesamtvermögensbezogene Rechtsinstitute	138
II. Vermögensverschiebung zwischen Haupt- und Sondervermögen	138
1. Begriffsbildung	138
2. Problematik im Ehegüterrecht	139
a) Beispiele für Manipulationsmöglichkeiten	139
b) Lösungswege	140
3. Problematik im Erbrecht	141
4. Gleichzeitige Liquidation der Teilvermögensmassen	142
3. Teil: Bestimmung der wählbaren Rechtsordnungen	143
1. Kapitel: Anknüpfungstypische Definition des gewöhnlichen Aufenthaltes	143
1. Fragestellung	143
2. Begriffsdefinition bei gesetzlicher Verweisung	144
3. Rechtswahlbezogene Definition	144
2. Kapitel: Rück- und Weiterverweisung	145
Vorbemerkung	145
1. Präzisierung der gesetzlichen Verweisung	145
2. Präzisierung der wählbaren Rechtsordnung	146
A. Inhalt des Art. 4 Abs. 2	146
I. Gesetzgebungsgeschichte	147
1. Reformdiskussion	147
2. Folgerung	148
II. Interessenlage	148
1. Äußerer Entscheidungseinklang	148
2. Einklang mit der gesetzlichen Anknüpfung	148
3. Parallele zur alternativen Anknüpfung	149
4. Ausdifferenzierung der Anknüpfung	149
5. Rechtssicherheit	150
6. Ergebnis	150
B. Sondersituationen	150
I. Art. 10 Abs. 3	150
II. Mittelbarer Ausschluß des renvoi durch Wahl der gesetzlichen Anknüpfung	151
1. Problemstellung	151
2. Lösung	151
III. Mittelbare Disposition über den renvoi durch Aufhebung einer parteiautonomem Anknüpfung	152
IV. Renvoi-Problematik bei gesetzlichem Erlöschen der parteiautonomem Anknüpfung nach Art. 14 Abs. 3 S. 2	153
1. Sinnklausel des Art. 4 Abs. 2	153
2. Einschränkung der Auslegung des Art. 14 Abs. 3 S. 2	153
a) Erfordernis der gemeinsamen Staatsangehörigkeit	153
b) Konkurrenz zu Art. 14 Abs. 2	154
c) Transformation der Rechtswahl	154

d) Analoge Übertragung von Art. 14 Abs. 3 S. 2 auf Art. 14 Abs. 2?	155
V. Renvoi-Problematik bei „mittelbarer“ Rechtswahl	155
1. Unmittelbare Wahl des persönlichen Ehestatutes	155
2. Konstruktion der mittelbaren Wahl des persönlichen Ehestatutes	155
a) Schrifttum	155
b) Stellungnahme	156
3. Kapitel: Interlokale Rechtsspaltung	157
A. Problemstellung	157
B. Norminhalt von Art. 4 Abs. 3	158
1. Grundsatz	158
2. Überspielung fremden interlokalen Rechts bei ortsbezogenen Anknüpfungen?	158
C. Anwendbarkeit von Art. 4 Abs. 3 zur Bestimmung der wählbaren Teilrechtsordnung	160
I. Direktbezeichnung der wählbaren Teilrechtsordnung	160
II. Staatsangehörigkeitsbezogene Rechtswahlstatbestände	160
1. Interlokale Regeln des wählbaren Heimatrechts	160
a) Rechtssicherheit	160
b) Vergleichbare Interessenlage wie beim renvoi	161
c) Vorzug ehегattengetrennter Unteranknüpfung	161
d) Einheitliche Unteranknüpfung des persönlichen Ehestatutes	162
e) Mangel an einschlägigen interlokalen Regeln	162
f) Fazit	162
2. Taugliche Unteranknüpfung des deutschen Rechts	163
a) Parteiautonome Definition	163
b) Teilgebietszugehörigkeit	163
c) Engste Verbindung	163
d) Ehe- oder ehегattenbezogene Definition der engsten Verbindung	164
e) Ergebnis	165
3. Sonderfall des Art. 10 Abs. 3	165
D. Interlokale Konflikte bei den übrigen Rechtswahlvoraussetzungen	165
1. Problemstellung	165
2. Kein Fall des Art. 14 Abs. 1 Nr. 1	165
3. Kein staatsangehörigkeitsverstärkter Aufenthalt	165
E. Innerdeutsches Kollisionsrecht	166
4. Kapitel: Mehrfache Staatsangehörigkeit	166
A. Problemstellung	166
I. Wählbares Heimatrecht	166
1. Anwendung von Art. 5 Abs. 1	166
a) Effektivitätslehre	166
b) Subjektive Effektivitätskriterien bei parteiautonomer Anknüpfung	167
2. Unterschied beider Lösungsansätze	168
II. Staatsangehörigkeitsbezogene Rechtswahlvoraussetzungen	168
B. Allgemeine Überlegungen	169
I. Wortlaut	169
II. Gesetzgebungsgeschichte	169
1. Abstrakte Fragestellung	169
2. Die einzelnen Rechtswahlstatbestände	170
a) Namensrecht	170
b) Persönliches Ehestatut	170
c) Ehегüterrecht	171
d) Fazit	171

III. Allgemeine Interessenlage	171
1. Planungsinteresse	171
2. Rechtssicherheit	172
a) Feststellungsrisiko	172
b) Beweisschwierigkeiten	172
c) Relativierung des Bedürfnisses nach Rechtssicherheit	173
d) Deutsche Mehrstaater	173
3. Sachnächstes Recht	173
C. Die einzelnen Rechtswahlstatbestände	173
I. Namensrecht	173
1. Art. 10 Abs. 3.	173
a) Deutsch-ausländische Ehe	173
b) Wählbares Heimatrecht	174
c) Bedenken	174
2. Art. 10 Abs. 4	174
3. Art. 10 Abs. 5	175
II. Persönliches Ehestatut	175
1. Art. 14 Abs. 2	175
2. Art. 14 Abs. 3 S. 1	175
a) Nichtvorliegen des Art. 14 Abs. 1 Nr. 1	176
b) Fehlende Staatsangehörigkeitsverstärkung des gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalts	176
c) Wählbares Heimatrecht	176
aa) Güter- und scheidungsrechtliche Rechtswahlwirkungen	177
bb) Analogie zu Art. 14 Abs. 2?	177
cc) Vermeidung einer Effektivitätsprüfung	177
dd) Planungsinteresse	177
3. Art. 14 Abs. 3 S. 2	178
a) Wortlaut	178
b) Rechtswahltypische Interessen	178
c) Gesetzgebungsgeschichte	179
d) Überwindung der Anknüpfungsverlegenheit	179
III. Ehegüterrecht	180
5. Kapitel: Sonderanknüpfung des Personalstatutes	181
A. Fragestellung	181
I. Versagen der Staatsangehörigkeitsanknüpfung	181
1. Staatenlose	181
2. Flüchtlinge	181
3. Volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene	182
II. Konsequenzen für staatsangehörigkeitsbezogene Rechtswahlstatbestände	182
B. Wählbarkeit des über eine Sonderanknüpfung ermittelten Personalstatutes	182
I. Allgemeine Interessenlage	182
II. Volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene	183
III. Die einzelnen staatsangehörigkeitsbezogenen Rechtswahlmöglichkeiten	183
1. Art. 10 Abs. 2 Nr. 1	183
2. Art. 10 Abs. 3	183
3. Art. 10 Abs. 4	183
4. Art. 10 Abs. 5 Nr. 1	183
5. Art. 14 Abs. 2	184
6. Art. 14 Abs. 3	185
7. Art. 15 Abs. 2 Nr. 1	186



C. Wählbarkeit des Heimatrechtes trotz Sonderanknüpfung des Personalstatutes . . . . .	186
I. Allgemeine Interessen . . . . .	186
1. Schutzzweck der Sonderanknüpfung des Personalstatutes . . . . .	186
2. Parallele zur Mehrstaaterfrage . . . . .	187
II. Besondere Interessenlage bei einzelnen Rechtswahlstatbeständen . . . . .	187
1. Art. 10 Abs. 3 . . . . .	187
2. Art. 14 Abs. 3 . . . . .	188
6. Kapitel: Sonderfrage der erforderlichen Auslandsberührung . . . . .	188
1. Derogation des Inlandsrechtes . . . . .	188
2. Wählbarkeit des Inlandsrechtes . . . . .	188
<b>4. Teil: Rechtswahlmodalitäten . . . . .</b>	<b>191</b>
1. Kapitel: Rechtswahlstatut . . . . .	191
A. Fragestellung . . . . .	191
I. Allgemeines . . . . .	191
II. Rechtswahlstatut bei schuldvertraglicher Rechtswahl . . . . .	191
1. Anknüpfungsfrage . . . . .	191
2. Sachrechtliches Zusatzerfordernis der lex fori . . . . .	192
3. Qualifikationsfrage . . . . .	193
B. Rechtswahlstatut bei namens-, ehe- und erbrechtlicher Rechtswahl . . . . .	194
I. Anknüpfung der Rechtswahlform . . . . .	194
1. Internationales Namensrecht . . . . .	194
a) Art. 10 Abs. 2 . . . . .	194
b) Art. 10 Abs. 3 und Abs. 4 . . . . .	195
c) Art. 10 Abs. 5 . . . . .	195
d) Ergebnis . . . . .	195
2. Internationales Eherecht . . . . .	195
a) Dualistische Struktur von Art. 14 Abs. 4 . . . . .	195
b) Qualifikationsfrage . . . . .	196
aa) Spezialformerfordernisse für Verweisungsverträge? . . . . .	196
bb) Sachrechtlicher Charakter der Rechtswahlform . . . . .	197
cc) Mildere Ehevertragsform . . . . .	197
dd) Mildere Rechtswahlform . . . . .	197
ee) Gegenstand des Formstatutes . . . . .	198
c) Besondere Formpflicht für Inlandswahl . . . . .	198
3. Internationales Erbrecht . . . . .	199
II. Teilfrage der Geschäftsfähigkeit . . . . .	199
III. Zustandekommen und Wirksamkeit der Rechtswahl im übrigen . . . . .	199
1. Anknüpfungsfrage . . . . .	199
2. Vorbehalt für spezielle Rechtswahlerfordernisse . . . . .	200
3. Qualifikationsfrage . . . . .	201
a) Problem . . . . .	201
b) Sachrechtliche Auswirkung der Rechtswahl . . . . .	201
c) Vorbehalt der lex fori . . . . .	202
C. Dem deutschen Recht vorbehaltene Rechtsgeschäftsmerkmale . . . . .	202
I. Bestimmtheiterfordernis . . . . .	202
1. Begriff . . . . .	203
a) Konkludente Rechtswahl . . . . .	203
b) Hypothetische Rechtswahl . . . . .	203
c) Ausdrückliche Rechtswahl . . . . .	203
d) Bestimmtheit und Form . . . . .	204

2. Internationales Namensrecht	204
a) Allgemeines	204
b) Sonderfragen	204
aa) Wahl des objektiven Namensstatutes	204
bb) Bestimmtheit der Wahl bei Auslandsheirat	205
3. Internationales Eherecht	205
a) Gesetzestext	205
b) Güterrechtswahl	205
aa) Validierung	205
bb) Rechtssicherheit	206
c) Wahl des persönlichen Ehestatutes	207
4. Internationales Erbrecht	207
II. Ermittlung des Inhaltes der Rechtswahl	208
1. Begriffsklärung	209
a) Auslegung	209
b) Teilunwirksamkeit und Umdeutung	209
2. Hypothetischer Parteiwille	209
a) Beschränkte Reichweite der außerschuldvertraglichen Parteiautonomie	209
b) Unbeachtlichkeit individueller Parteiinteressen bei objektiver Anknüpfung	210
c) Ergebnis	211
3. Auslegung	211
a) Allgemeine Überlegungen	211
b) Persönliches Ehestatut	212
c) Gegenständlich beschränkte Rechtswahl	212
4. Teilunwirksamkeit	213
5. Umdeutung	214
a) Wahl der „falschen“ Teilrechtsordnung	214
b) Umdeutung einer rückwirkenden Güterrechtswahl	214
III. Bedingte oder befristete Rechtswahl	215
2. Kapitel: Sonderfragen	215
A. Funktionales Verhältnis von Rechtswahl und Hauptvertrag	215
I. Auswirkung einer unwirksamen Rechtswahl auf das Hauptgeschäft?	215
1. Grundsatz	215
2. Namensrechtliche Besonderheiten	216
II. Auswirkung eines unwirksamen Hauptgeschäftes auf die Rechtswahl?	216
B. Gewillkürte Errichtung einer wandelbaren Anknüpfung	217
I. Problem	217
II. Voraussetzungen	217
1. Bestimmtheit	217
2. Bedingungsfreundlichkeit	217
III. Allgemeine Interessen	218
IV. Die einzelnen Rechtswahlstatbestände	218
1. Wahl des persönlichen Ehestatutes	218
2. Wahl des Ehegüterstatutes nach Art. 15 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2	218
3. Teilrechtswahl nach Art. 15 Abs. 2 Nr. 3 und Art. 25 Abs. 2	219
5. Teil: Intertemporales Recht	221
1. Kapitel: Geltungsbeginn der neuen Rechtswahlstatbestände	221
I. Namensrecht	221
1. Art. 220 Abs. 1	221
2. Art. 220 Abs. 4 und Abs. 5	221

II. Persönliches Ehestatut . . . . .	222
III. Ehegüterrecht . . . . .	222
IV. Erbrecht . . . . .	223
1. Problem . . . . .	223
2. Analogie zu Art. 26 Abs. 5? . . . . .	223
3. Art. 220 Abs. 1 . . . . .	223
4. Aufschiebende Bedingung des Inkrafttretens des IPRG . . . . .	224
2. Kapitel: Parteiautonome Interimsanknüpfung des Güterrechts . . . . .	225
I. Problemstellung . . . . .	225
II. Inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	226
1. Wählbare Rechtsordnung . . . . .	226
2. Teilverweisungsmöglichkeiten . . . . .	226
3. Zeitliche Wirkung . . . . .	226
4. Form . . . . .	227
III. Erklärungsstatbestand der fiktiven Rechtswahl . . . . .	227
1. Leitbild des Ehevertrages . . . . .	227
2. Weitere Fälle der fiktiven Rechtswahl? . . . . .	228
IV. Fortwirkung einer Art. 15 Abs. 2 und Abs. 3 nicht entsprechenden Rechtswahl über den 8. 4. 1983 hinaus . . . . .	230
1. Fragestellung . . . . .	230
2. Formabweichende Rechtswahl . . . . .	230
3. Von Art. 15 abweichende Rechtswahl . . . . .	230
a) Ambivalenz des Gesetzes . . . . .	230
b) Kollisionsrechtliche Interessen . . . . .	231
<b>Schluß: Kritische Würdigung der neu eingeführten Parteiautonomie im internationalen Namens-, Ehe- und Erbrecht . . . . .</b>	233
1. Namensrecht . . . . .	233
2. Persönliches Ehestatut . . . . .	234
3. Ehegüterrecht . . . . .	235
a) Art. 15 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 . . . . .	235
b) Art. 15 Abs. 2 Nr. 3 . . . . .	235
4. Erbrecht . . . . .	236